

**Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden,
Herrn Bezirksrat Ernst Schuster,
der CSU Bezirkstagsfraktion Mittelfranken
zum Haushalt 2010 in der
Bezirkstagssitzung am 03.12.2009**

**BEZIRKSTAG
MITTELFRANKEN**

- CSU - Fraktion
Danziger Straße 5
91522 Ansbach
Telefon: 0981 4664-9007
Telefax: 0981 4664-9008
www.csu-bezirkstag-mfr.de
- KONTO:
Sparkasse Nürnberg
(BLZ 760 501 01)
Kontonummer: 190 495 945

Ansbach, 03.12.2009

**Haushaltsrede des CSU-Fraktionsvorsitzenden Ernst Schuster zum
Haushalt 2010**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Mitglieder des Bezirkstages stehen heute vor einer schwierigen
Entscheidung.

Wenn wir dem Bezirk Mittelfranken eine sichere Finanzausstattung zur
Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben geben wollen, müssen wir die
Bezirksumlage nach dem Verwaltungsvorschlag drastisch erhöhen. Damit
würden wir die Umlagezahler massiv enttäuschen und die teilweise
drastische Finanzsituation in unseren Städten und Gemeinden weiter
erhöhen.

Würden wir jedoch den Wünschen der Umlagezahler entsprechen, dann
könnte der Bezirk seinen gesetzlichen Aufgaben nicht nachkommen oder
wir würden sehenden Auges ein weiteres Haushaltsdefizit produzieren. Die
Mitglieder der CSU-Fraktion werden einen Spagat zwischen den
notwendigen Bedürfnissen des Bezirks und den Erwartungen der
Umlagezahler versuchen, wenngleich wir wissen, dass dieser Spagat nicht
überall anerkannt wird.

Die Ausgangslage für den Haushalt 2010 schien ja zunächst ganz positiv.
Man wusste, dass durch eine überdurchschnittliche Erhöhung der
Umlagekraft mehr Geld in den Bezirkshaushalt fließen wird. Allerdings
werden die Mehrausgaben im Sozialetat diese Mehreinnahmen erheblich
übersteigen. Auch bei den ambulanten Eingliederungshilfen, die wir 2008
von den kreisfreien Städten und Landkreisen übernommen haben, ist der
Zuschussbedarf erheblich höher, als von den Städten und Kreisen
ursprünglich angegeben. Dazu kommt noch ein voraussichtliches
Haushaltsdefizit aus dem Jahr 2009 und die Rücklage enthält auch nicht



mehr den Betrag, den wir für den diesjährigen Haushalt entnommen haben. Doch wenn wir glauben, dass wir mit dem Haushalt 2010 den schwierigsten Haushalt der nächsten Jahre haben, dann irren wir. Ich denke es ist allen bekannt, dass die beiden folgenden Jahre noch deutlich schwieriger sein werden.

Einige Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen werden jetzt sicherlich in den nachfolgenden Reden auf den Freistaat Bayern einprügeln und einen höheren FAG-15-Ausgleich fordern. Wir von der CSU-Fraktion geben ihnen dabei recht, wenn sie sagen, der Staat tut hier zu wenig und auch wir fordern seit Jahren eine bessere Finanzausstattung der kommunalen Ebenen. Wir sind mit Ihnen der Meinung, dass die FAG-15-Zuweisungen des Freistaates Bayern nicht ausreichend sind und wir sagen das auch deutlich unseren Landespolitikern.

Wir von der CSU-Fraktion lesen aber auch die rechtlichen Bestimmungen und wissen, dass es sich bei den Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) um Bundesrecht handelt und dass in erster

Linie der Bund hier in der Pflicht steht. Deshalb fordern wir heute wie schon in den Jahren zuvor endlich die Einführung eines Bundesleistungsentgeltes für Behinderte. Wir wissen aber auch heute wie schon in den Jahren zuvor, dass dies nicht so schnell kommen wird. Die neue schwarz-gelbe Bundesregierung wird hier wahrscheinlich ebenso untätig sein, wie zuvor die schwarz-rote und davor die rot-grüne Bundesregierung.

Der Finanzbedarf des Bezirks ergibt sich ausschließlich aus dem Sozialetat. Die Dame und die Herren Oberbürgermeister fordern eine Eindämmung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und bemängeln die Kostensteigerung bei der übernommenen ambulanten Eingliederungshilfe. Dabei waren es doch gerade die Oberbürgermeister, die im Zuge der Übernahme der ambulanten Eingliederungshilfe bei den betroffenen Menschen Ängste geschürt und gefordert haben, dass der Standard nicht zurück gefahren werden darf. Vielleicht sollten sich die Oberbürgermeister einmal vor den Spiegel stellen und ihre Zunge herausstrecken. Eventuell würden sie dann ihre Doppelzüngigkeit erkennen. Und wenn die Oberbürgermeister beim Bezirk eine umfassende Haushaltskonsolidierung einfordern, dann sollten sie zuerst vor der eigenen Haustür kehren. Ich persönlich gehe nicht so weit, zu sagen, der Bau eines neuen Delphinariums in Nürnberg wäre ein verzichtbarer Luxus. Für die Tiergartenbesucher ist eine solche Einrichtung sicher ganz toll und ich traue den Stadträten in Nürnberg wie auch in den anderen Städten zu, dass sie aus ihrer eigenen Verantwortung heraus entscheiden können, welche Einrichtungen sie sich leisten können. Und wir alle wissen, wie der Oberbürgermeister der Stadt Fürth in seiner Funktion als Vorsitzender der Lebenshilfe Fürth reagieren würde, wenn wir zur Vermeidung einer Umlagerhöhung die Leistungen für die Wohnheime und Werkstätten pauschal um 10 Prozent kürzen würden.

Für mich war auch erschreckend, in welcher Form ein Kreiskämmerer in den letzten Wochen über den Haushalt des Bezirks gesprochen hat, ein Kämmerer, der eigentlich weiß, wie ein Haushalt aufzustellen ist und was in einem Haushaltsplan berücksichtigt werden muss. Und wenn die Städte und die Landkreise hier Kritik üben, dann muss man sich schon mal die Entwicklung der letzten 5 Jahre vor Augen halten. In diesem Zeitraum hat sich nämlich die Umlagekraft in Mittelfranken im Gegensatz zu 2010 unterdurchschnittlich entwickelt. Und trotzdem konnte der Bezirk die Umlage von 26,65 Punkten im Jahr 2004 um 7,75 Punkte auf 18,9 Punkte im Jahr 2009 senken. In dieser Zeit hat der Bezirk dann auch noch die ambulante Eingliederungshilfe mit einem Zuschussbedarf von rund 30 Millionen Euro übernommen, so dass sich für die Städte und Landkreise innerhalb von 5 Jahren eine Entlastung von rund 9,5 Umlagepunkten, das sind mehr als 150 Millionen Euro, ergeben hat. Dabei haben wir Bezirksräte immer die finanzielle Situation der anderen kommunalen Ebenen im Auge gehabt und keine Reichtümer angesammelt. Doch trotz dieser enormen Entlastung haben in dem 5-Jahres-Zeitraum zwei Landkreise die Kreisumlage sogar erhöht und die anderen fünf Landkreise die Umlagensenkung nur zu einem geringen Anteil an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden weiter gegeben. Man hat das halt mit den

gestiegenen sozialen Kosten im eigenen Zuständigkeitsbereich und mit Investitionsbedarf begründet.

Ganz so leicht sind die Entscheidungen aber bei der Hilfe für pflegebedürftige und für behinderte Menschen nicht. Wir können diese Menschen gerade am heutigen Welttag der Behinderten nicht auf die Straße setzen und wir müssen auch für eine ordentliche Versorgung dieser Menschen sorgen. Natürlich wollen wir mit dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ die Kostenentwicklung eindämmen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass wir die Hilfen nicht mehr im notwendigen Umfang leisten. Auch pflegebedürftige und behinderte Menschen werden immer älter, in diesen Jahren beginnt die Rentnergeneration unter den behinderten Menschen und die Familienmitglieder können die Angehörigen nicht selbst pflegen oder betreuen, weil sie gezwungen sind, in die Arbeit zu gehen. Das führt alles zwangsläufig zu einer weiteren Steigerung der Fallzahlen bei den sozialen Hilfen. Und es bringt uns auch nicht weiter, wenn dir die Zustimmung und die Förderung für den Bau neuer Wohnheime, Werkstätten oder Pflegeheime versagen, wie es in der letzten Sozialausschusssitzung die Grünen getan haben, wenn der Bedarf dafür nachgewiesen ist. Wenn wir nämlich nicht zustimmen, werden die Einrichtungen ohne Zuschuss errichtet und der Bezirk bezahlt hinterher bei den laufenden Hilfen mit einem erhöhten Investitionskostenanteil die Zeche.

Um die Belastungen der Umlagezahler auf das Notwendigste zu begrenzen, hat die CSU-Fraktion auf jegliche Anträge zur Erhöhung von Ausgabeansätzen im kameralem Haushalt verzichtet. Wir treten dafür ein, dass wir nicht nur die zusätzlichen 1,5 Millionen Euro, die wir nach den FAG-Gesprächen zusätzlich bekommen werden, zum Defizit ausgleich im Verwaltungshaushalt einsetzen, sondern dass wir der Rücklage einen Betrag von ca. 5,2 Millionen Euro entnehmen und damit die Rücklage auf das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß reduzieren. Dieser Betrag soll ebenfalls zur Umlagenreduzierung und nicht zur Finanzierung von Investitionen im Vermögenshaushalt verwendet werden. Wir haben auch angeboten, die Entnahme aus der Rücklage auf einen Betrag zu erhöhen, dass sich als Kompromiss eine Umlagerhöhung von nur noch 1,5 Punkte ergibt.

Seitens der Verwaltung wird für das laufende Jahr 2009 ein Defizit von voraussichtlich 7 Millionen Euro prognostiziert. Es wäre deshalb nur logisch und konsequent, wenn wir diesen Defizit ausgleich in den Haushalt 2010 einstellen würden. In den letzten Jahren wurde uns zur Haushaltsaufstellung nämlich wiederholt ein voraussichtlicher Überschuss prognostiziert und wir haben alle zusammen ganz selbstverständlich dafür plädiert, diesen voraussichtlichen Überschuss im darauf folgenden Jahr einzusetzen, um die Umlage zu senken. Obwohl wir wissen, dass dies schon an Verantwortungslosigkeit grenzt, haben wir beantragt, das prognostizierte Defizit aus dem laufenden Jahr nicht im Haushalt 2010 zu veranschlagen, sondern erst im Jahr 2011 auszugleichen. Wir taten dies in der Hoffnung, dass das Defizit vielleicht doch etwas geringer ausfällt. Aber wir wissen auch, und wenn wir das heute so beschließen, wissen das sicher alle, dass wir damit dem nächsten Haushalt für 2011, der sowieso sehr schwierig sein wird, eine weitere Belastung aufbürden. Durch unsere drei Vorschläge ergibt sich im Verwaltungshaushalt eine Verringerung des Defizits und damit des Umlagebedarfs um knapp 14 Millionen Euro.

Für den Vermögenshaushalt haben wir in einem Punkt eine Verschiebung der Maßnahme beantragt, weil wir dazu noch einen Klärungsbedarf sehen. Im Übrigen soll nach Meinung der CSU-Fraktion der gesamte Finanzbedarf im Vermögenshaushalt durch Kreditaufnahmen ausgeglichen werden. Dabei ist uns durchaus bewusst, dass Mittelfranken bereits jetzt der Bezirk mit der höchsten Verschuldung ist und dass der Kreditbedarf erheblich ist. Im Mittelpunkt der Investitionen stehen die Fertigstellung der Maschinenbauschule Ansbach, die Weiterentwicklung der Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Triesdorf, das Zentrum für Hörgeschädigte in Nürnberg, das Berufsbildungswerk für Hör- und Sprachgeschädigte in Nürnberg, das Förderzentrum für Körper- und Sprachbehinderte ebenfalls in Nürnberg und das Fränkische Freilandmuseum in Bad Windsheim. Damit investiert der Bezirk Mittelfranken

fast ausschließlich im Bildungsbereich. Eine weitere Verschiebung dieser dringend notwendigen Maßnahmen halten wir nicht für sinnvoll, auf populistische Anträge haben wir bewusst verzichtet. Und wir wissen auch, dass die Erhöhung der Verschuldung langfristig durch erhöhte Zins- und Tilgungsbelastungen umlagerelevant ist.

Angespannt ist die Situation auch im Stiftungshaushalt. Seit Jahren erwirtschaften wir nicht die notwendigen Mittel, um dem Stiftungsvermögen den erforderlichen Inflationsausgleich zuzuführen.

Erstmals in diesem Jahr müssen wir zur Finanzierung der laufenden Ausgaben auf die Rücklage zurückgreifen, die eigentlich zum Inflationsausgleich dienen sollte. Auch hier zeigt sich die CSU-Fraktion konsequent, in dem sie keinen einzigen Antrag auf Erhöhung von Ausgabeansätzen gestellt

hat, auch wenn man für den einen oder anderen Antrag durchaus Verständnis gehabt hätte. Wer würde nicht gerne Einrichtungen, für die man als Beauftragter zuständig ist oder die im eigenen Stimmkreis liegen, mehr Geld zukommen lassen. Doch auch im Stiftungshaushalt müssen wir unser Augenmerk derzeit verstärkt auf die Reduzierung anstatt auf die Erhöhung von Ausgaben legen. So konsequent wie wir auf eigene Anträge verzichtet haben, so konsequent werden wir heute auch alle anderen Erhöhungsanträge auf der Ausgabenseite, soweit sie nicht in Gremien des Bezirks beschlossen wurden, ablehnen. Die momentane Finanzsituation lässt einfach keinen Spielraum.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der kamerale Haushalt, den wir heute verabschieden, wird ein Volumen von mehr als 630 Millionen Euro haben und liegt damit um rund 50 Millionen Euro höher als im letzten Jahr. Diese Steigerung ist ausschließlich auf den Einzelplan 4, also auf die sozialen Leistungen zurückzuführen.

Wir von der CSU-Fraktion stehen zu diesen Leistungen. Es ist eine Pflicht unserer Gesellschaft, den Menschen, die sich nicht selbst helfen können, die ihnen zustehenden Leistungen zu gewähren. Der vorliegende Haushaltsentwurf wird diesem Auftrag gerecht. Da helfen uns auch Streitereien innerhalb der kommunalen Familie nicht weiter. Und wir dürfen uns auch nicht von unberechtigten Forderungen oder gar von Drohungen, gegen die Bezirksumlage zu klagen, einschüchtern lassen.

Als Mitglieder des Bezirkstages müssen wir hier die Belange des Bezirks Mittelfranken vertreten.

Und aus der Sicht des Bezirks ist der Haushaltsplan für das Jahr 2010 solide aufgestellt. Er enthält im Verwaltungshaushalt die Mittel, die zur Finanzierung unserer gesetzlichen Aufgaben notwendig sind und im Vermögenshaushalt die Bildungs-Investitionen, die wir selbst gefordert und auf den Weg gebracht haben. Der Stiftungshaushalt mit einem Volumen von 4,2 Millionen Euro führt unsere Leistungen vor allem im kulturellen Bereich sowie im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes fort und fördert die weitere Entwicklung unserer Regionalpartnerschaften.

Im Namen der CSU-Fraktion bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Weispfenning und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die übersichtliche Aufbereitung dieses umfangreichen Zahlenwerkes. Ein umfassender Vorbericht und ausführliche Erläuterungen zu den einzelnen Ansätzen machen den Haushalt durchschaubar und transparent. Unser Dank gilt auch allen Beschäftigten in der Bezirksverwaltung und in den Einrichtungen des Bezirks, die mit der Haushaltsaufstellung befasst waren.

Mit einigen Vorschlägen haben wir versucht, die ursprünglich prognostizierte Umlagerhöhung von 2,4 Punkten doch deutlich zu reduzieren. Aber es wäre reine Augenwischerei, wenn wir nicht heute schon sagen würden, dass wir damit eine weitere Belastung der Umlagezahler nur um ein Jahr verschieben.

Die Mitglieder der CSU-Fraktion werden dem Bezirkshaushalt auf der Grundlage unserer Änderungsvorschläge zustimmen und wir hoffen und wünschen, dass der Haushalt letztendlich eine deutliche Mehrheit findet.

Ich danke Ihnen recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Ernst Schuster
Vorsitzender der CSU-Bezirkstagsfraktion